

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Teamleistung gewinnt

Mit «SVP-Klartext» ins Wahljahr 07. SVP-Präsident Ueli Maurer zur neuen Parteizeitung

Seite 3



Der Wille zur Integration

Integration ist eine Frage des Willens, nicht des Geldes, erklärt Bundesrat Christoph Blocher

Seite 4



Wohin steuert die Schweizer Armee?

Oberst i Gst Michele Moor, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG), spricht Klartext

Seite 13

AZ Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 12/2006

Teamleistung gewinnt

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP Seite 3

Der Wille zur Integration

Bundesrat Christoph Blocher Seite 4

Konsequent handeln

Nationalrat Ulrich Schlüer Seite 5

37 Prozent der Täter aus dem Balkan

Roman S. Jäggi, Pressesprecher der SVP Seite 6/7

IG Freiheit gegründet

Interview mit Nationalrat Toni Brunner Seite 9

Wohin steuert die Schweizer Armee?

Gabriel Lüchinger Seite 12

Reklame

Lüpold AG
Reinigungsdienst
5103 Möriken

L

Ablaufentstopfung
Kanalreinigung-/Fernsehen
Strassen-/Arealreinigung

Wenn Ihnen das Wasser
bis zum Halse steht...

Tel. 0628 870 870
www.luepold.ch

Zuhause in allen Medien

ztprint ZOFINGER TAGBLATT
ztonline WIGGERTALER

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93

Gewalt eskaliert

Die Vergewaltigungen von Rhäzüns, Steffisburg und Seebach sind nur die Spitzen der Eisberge. In der Schweiz eskaliert die Gewalt, vor allem die Jugendgewalt. Und Jugendgewalt hat einen Namen: Ausländerkriminalität. Die teuren Integrationsprogramme sind gescheitert. Rot-grün steht vor dem Scherbenhaufen des politischen Schmusekurses. Jetzt braucht es konsequentes Handeln, die Durchsetzung der Gesetze und Regeln sowie Strafverschärfungen. Seite 5–7

© godfer - FOTOLIA



Gesundheitspolitik

Einheitskasse: Der Bundesrat sagt NEIN

Der Bundesrat führt aus:

- «Die Volksinitiative bringt im (...) Hinblick auf die Kostenentwicklung (...) keine neuen Anreize zu Kosten sparendem Verhalten der Beteiligten.»
- «Eine Einheitskasse würde nicht nur die bestehenden Instrumente zur Kostendämpfung schwächen, sondern überdies auch die bestehenden wettbewerbsfördernden Elemente und wirtschaftliche Sparanreize ausschalten.»



- «(...), dass ein wettbewerbliches System mit mehreren Versicherern in der sozialen Krankenversicherung klare Vorzüge gegenüber einer Monopolstellung einer einzigen Krankenkasse aufweist.»
- «Mit der vollen Freizügigkeit wird der Bevölkerung eine uneingeschränkte Freiheit bei der Wahl des Versicherers eingeräumt.»
- «Die Einführung von Prämien nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten und damit die Abschaffung der einkommens- und vermögensunabhängigen Kopfprämie kommen der Schaffung einer neuen Einkommens- und Vermögenssteuer gleich, welche vor allem den Mittelstand zusätzlich belasten würde.»

(Quelle: Medienmitteilung des Bundesrates vom 09.12.2005)

Diesen Überlegungen schliesst sich das eidgenössische Parlament an. In der Schlussabstimmung hat der Ständerat die Einheitskasse mit 34 zu 6 Stimmen und der Nationalrat mit 122 zu 67 Stimmen abgelehnt.



www.forumgesundheitschweiz.ch



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12x/Jahr

Chefredaktor: Roman S. Jäggi

Inserate: Roman S. Jäggi

Adresse:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

ztprint / Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG
(Adresse s. «Druck»)

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP

Teamleistung gewinnt



Liebe Leserinnen und Leser

Die SVP wird immer stärker. Das merken Sie auch, wenn Sie die neue Parteizeitung durchblättern. Wir sind stolz auf unsere neue Parteizeitung «SVP-Klartext». Sie ist und bleibt die Zeitung des Mittelstandes. Aber sie kommt lebendiger, vierfarbig und mit viel mehr interessantem Inhalt daher.

Die SVP ist die Partei des Mittelstandes, der Landwirtschaft und des Gewerbes. Entsprechend haben wir den Umbau der Parteizeitung genutzt, um auch die Kosten zu straffen. So können wir unseren Inserenten mit dem neuen «SVP-Klartext» und einer Auflage von monatlich 54 000 Exemplaren ein Medium anbieten, in dem es sich lohnt Werbung zu schalten. Die Inseraten-tarife haben wir halbiert.

Den Namen «SVP-Klartext» durften wir aus Hunderten von Namensvorschlägen unserer Leserinnen und Leser auswählen. Der neue Titel der Parteizeitung sagt genau das aus, worum es heute in der Politik geht. Es braucht eine bürgerliche poli-

tische Kraft, die Klartext spricht. Eine Partei, die Probleme auf den Punkt bringt, zum Thema macht und sich getraut, auch heisse Eisen anzupacken. Die SVP ist diese Partei.

Wer hat jahrelang den unendlichen Missbrauch im Asylwesen gepredigt und bekämpft, bis schliesslich auch die Mitte-Parteien auf den Zug aufgesprungen sind? Im September wurde die SVP vom Volk an der Urne mit der wuchtigen Annahme der Asyl- und Ausländergesetze für ihre politische Weitsicht und Standhaftigkeit belohnt.

Wer hat jahrelang auf die Missbräuche bei der Invalidenversicherung hingewiesen und den Ausdruck «Scheininvalid» geprägt? Mittlerweile springen auch die Mitte-Parteien allmählich auf den rollenden Zug auf und schliessen mindestens nicht mehr aus, dass es bei der IV ein grosses Missbrauchsproblem gibt. Auch hier führt kein Weg mehr an der Politik und den Lösungen der SVP vorbei.

Wer hat jahrelang vor den Auswüchsen einer zu laschen Ausländer-, In-

tegrations- und Bürgerrechtspolitik gewarnt? Nach den Vergewaltigungsfällen von Rhäzüns, Steffisburg und Seebach, wo ausschliesslich Ausländer oder Eingebürgerte aufgetreten sind, ist das Kartenhaus der Linken und Netten in sich zusammengefallen. Jetzt erschallt von überall der Ruf nach SVP-Lösungen. Wir berichten in dieser Ausgabe von «SVP-Klartext» ausführlich über dieses Thema.

Sie sehen, die SVP-Politik setzt sich durch. Mit diesem Schwung starten wir ins Wahljahr 2007. Im neuen Jahr wird nur die Teamleistung der SVP darüber entscheiden, ob die Wählerinnen und Wähler unsere Politik an der Urne mit der Wahl unserer Kandidatinnen und Kandidaten belohnen. Ich bin überzeugt davon, dass wir das beste Team, die besten Köpfe, das beste Programm und die beste Politik haben. Wer eine Schweiz will, die ein Zuhause in Sicherheit und Wohlstand bietet, wählt SVP. Ich wünsche Ihnen ein glückliches 2007.

Ihr Ueli Maurer

Mit «SVP-Klartext» am Start

Aus «SVPja» wird «SVP-Klartext». Sie halten die erste Ausgabe der neuen Parteizeitung «SVP-Klartext» in den Händen. Mit viel Schwung, noch mehr Inhalt und viel mehr Farbe startet die SVP mit «SVP-Klartext» ins Wahljahr 2007. Wir reden Klartext, einfach und verständlich, kurz und prägnant. «SVP-Klartext» nimmt kein Blatt vor den Mund. Wir zeigen Monat für Monat politische Probleme und deren Lösungen auf. Auch in dieser Ausgabe.

Unterstützen Sie unsere neue Parteizeitung mit einem freiwilligen Abonnementsbeitrag. Ein Einzahlungsschein liegt dieser Zeitung bei. (Bankverbindung s. Seite 11.)



Bobteam Adrian Gaberthüel

Bundesrat Christoph Blocher

Integration ist eine Frage des Willens – nicht des Geldes!



Jahrelang haben gewisse Politiker behauptet, dass es keine Probleme gebe: Ein reiches Land wie die Schweiz könne alle aufnehmen. Nun geben die jüngsten Gewalttaten überall im Land den Bürgern Recht, die schon seit langem auf Missstände hinweisen. Diese Vorfälle sind tragisch, im wahrsten Sinn des Wortes. Man hätte sie voraussehen können. Man hätte Grenzen setzen und Respekt einfordern müssen. Das ist natürlich nicht angenehm. Viel bequemer ist es, alle tun zu lassen, was sie wollen. Die Bürger sind mit dieser Politik schon lange nicht mehr einverstanden. Mit überwältigender Mehrheit haben sie dem neuen Asyl- und dem Ausländergesetz zugestimmt. Auch im waadtländischen Bex sind die Leute der SVP gefolgt und verlangen Lösungen für die Probleme mit dem Asylbewerberheim.

Sie haben nichts gegen Verfolgte, die in unserem Land Zuflucht und Schutz suchen. Aber sie verlangen zu Recht, dass unsere Werte und unsere Ordnung respektiert werden.

Dass es nicht gut geht, sehen jetzt sogar diejenigen, die die Probleme bisher abgestritten haben. Man müsse mehr Steuergeld geben für Massnahmen zur Integration und für Fachleute, die sich darum kümmern. Das ist falsch. Integration ist zuerst und vor allem eine Frage des Willens, nicht des Geldes. Wer in die Schweiz flüchtet, der tut das, weil hierzulande freiheitliche Werte gelten und Rechtssicherheit herrscht. Wer zu uns kommt, der muss das akzeptieren.

Integration heisst nicht, dass die Schweizer Bürger für alles Verständnis haben müssen. Sie fordern härtere Strafen für schwere Straftaten.

Die Psychologen wehren sich dagegen und behaupten, man dürfe die Täter nicht bestrafen, sondern müsse Therapien mit ihnen machen. Das ist der falsche Weg. Diese Leute müssen verstehen, dass Verbrechen hierzulande verfolgt und bestraft werden. Das neue Jugendstrafrecht, das wir auf Anfang Jahr in Kraft setzen, sieht auch härtere Strafen für schwere Taten vor. Man wird aber den Mut finden müssen, diese Strafen zu verhängen. Nur hilft das den Opfern nicht, wenn das Schreckliche schon passiert ist. Darum müssen früher Grenzen gesetzt werden. Dafür tragen wir alle die Verantwortung. Wir dürfen und müssen den Respekt für Land und Leute einfordern. Wer diesen Respekt nicht hat, der muss wieder gehen.

Bundesrat Christoph Blocher



Der Fettnapf

geht diesen Monat an Armin Walpen,
Generaldirektor der SRG



Der «Rotstift» ist kein linker Lehrling, Herr Walpen

Der Fettnapf des Monats geht dieses Mal an den Generaldirektor der SRG, Armin Walpen. Anstatt sich von morgens bis abends Gedanken darüber zu machen, welche Radio- und TV-Programme bei der SRG gestrichen werden können, um Geld zu sparen und die Radio-/Fernsehgebühren zu senken, macht Porschefahrer Walpen lieber die hohle Hand beim Bundesrat. 72 Millionen Franken wollte der SRG-Direktor den Gebührenzahlern zusätzlich aus der Tasche ziehen. Er braucht das Geld nicht etwa nur für die Digitalisierung der Radio- und Fernsehprogramme, sondern strebt unverfroren den totalen Angriff der SRG auf die privaten Programmanbieter an. 23 Radio- und Fernsehprogramme produziert die SRG heute schon. Kein Mensch glaubt mehr, dass es in unserem kleinen Land 23 Programme braucht, um dem gesetzlich vorgeschriebenen Grundversorgungsauftrag

der SRG gerecht zu werden. Selbst in einem Land mit vier Sprachen ist das der audiovisuelle Overkill. Doch damit nicht genug. Walpen wollte Geld für ein neues Kinderfernsehen, einen neuen englischsprachigen Radiosender und den Ausbau des Internetangebots. Gleichzeitig wollte er mit Gebührengeldern den Umbau der SRG-Pensionskasse und die Verbesserung der Eigenkapitaldecke des Unternehmens finanzieren. So nicht. Der Bundesrat bewilligte nur einen Drittel seiner Forderungen. Und auch das ist noch zu viel. Wir wollen in den nächsten Jahren nicht einen ständigen Ausbau der SRG sehen, sondern eine Halbierung der Radio- und Fernsehgebühren bis 2009. Dazu müssen Sie gewaltig den «Rotstift» ansetzen, Herr Walpen. Offenbar ein Fremdwort für den SRG-Generaldirektor, der hinter dem «Rotstift» bisher höchstens einen linken Lehrling vermutete.

Von Nationalrat Ulrich Schlüer, Flaach ZH

Konsequent handeln!

Dass die Gewalt – vor allem auch bei Jungen – in der Schweiz zum ernststen Problem geworden ist, kann niemand bestreiten. Einerseits nehmen die Gewalttaten drastisch zu. Noch bedrohlicher ist die zunehmende Brutalität dieser Gewalt. Rhäzüns, Steffisburg und Seebach haben dazu bloss die schlimmsten Schlagzeilen geliefert.

Unübersehbar ist auch: Je mehr ausländische Schüler – vor allem aus dem Balkan und aus der Türkei – an einer Schule sind, desto gravierender ist die Gewaltzunahme. Werden Schweizer als Täter eruiert, sind die meisten von ihnen erst vor kurzem eingebürgerte «Neu-Schweizer». Seit das Bundesgericht den Souverän im Einbürgerungsverfahren immer mehr zurückbindet, wird offensichtlich immer lieber eingebürgert.

Hilflose Rufe nach mehr Sozialarbeitern, Mediatoren, Krisenbegleitern für Schulhäuser sind fehl am Platz. Stattdessen sind konkrete Handlungen fällig: Alle Täter sind unmissverständlich zu bestrafen. Schon erste Anfänge von Gewalt sind konsequent zu ahnden. Gewalttätige Ausländer sind des Landes zu verweisen. Sind sie minderjährig, dann muss die Ausweisung auch ihre Eltern treffen, weil diese ihre elterliche Aufsichtspflicht offensichtlich schwerwiegend vernachlässigen.



Wenn die Eltern wissen, dass Pflichtvernachlässigung die Ausweisung zur Folge haben kann, werden sie das Tun und Lassen ihrer Spröss-

linge mit Sicherheit weit sorgfältiger beaufsichtigen als bisher.

Und für Neueinbürgerungen ist das «Bürgerrecht auf Probe» einzuführen. Wer innert der ersten fünf Jahre nach Aufnahme ins Bürgerrecht straffällig wird, dem soll man das Bürgerrecht wieder entziehen können.

Massnahmen, die Geschehenes zwar nicht ungeschehen machen, die aber die Spirale der zunehmenden Gewalt stoppen werden. Die Zeit der Beschönigungen und Entschuldigungen ist abgelaufen. Es ist zu handeln. Die SVP hat die erforderlichen Vorstösse in Bern bereits eingereicht.

© Simon Ebel – FOTOLIA



SVP-Stimmen zur Jugendgewalt



Mirjam Sackmann-Sierszyn (29), Sekundarlehrerin, Bubikon

In Diskussionen über die Ereignisse in Seebach erklingt der Ruf nach mehr Schulsozialarbeit. Die Schule soll die verheerenden Mängel der Jugendlichen an Werterziehung ausbügeln. Während der Institution Schule immer mehr erzieherische Aufgaben aufgebürdet werden, gibt es gleichzeitig zunehmende Klagen über das immer schlechtere intellektuelle Niveau der Schülerinnen und Schüler. Für die Schule ist es in der Tat unmöglich, den von allen Seiten gestellten Erwartungen gerecht zu werden.

Für Erziehung und Vermittlung von elementaren Benimmregeln sollte nach wie vor das Elternhaus hauptverantwortlich sein und bei Vorfällen wie in Seebach auch zur Rechenschaft gezogen werden. Was die Schule bei einem verwahten Kind oder Jugendlichen mühevoll noch einigermaßen zurechtbiegen kann, ist meistens lediglich Symptombekämpfung. Wirklich zählt, was die Eltern zu Hause vorleben und welche Erziehung das Kind erhält (oder eben nicht). Dies beeinflusst einen jungen Menschen viel stärker als hundert predigende Sozialarbeiter. Doch schon im Vorschulalter werden viele Kinder hin- und hergeschoben und erhalten wenig Herzensbildung und Geborgenheit. Statt lediglich in Sozialarbeit und Kinderkrippen zu investieren, sollte der Staat alles dransetzen, die Familie als wichtigsten Kern der Gesellschaft zu stärken. Eltern, welche sich in Eigenverantwortung um ihre Kinder kümmern, ihnen Werte und Anstand vermitteln, müssten endlich gebührend Wertschätzung und Unterstützung erhalten.

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 54 000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge. Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Jetzt ist Schluss! Die SVP redet Klartext:

37 Prozent der Täter aus dem Balkan

Jugendgewalt ist Ausländerkriminalität, titelte ein Inserat, welches in den letzten Wochen in den grössten Schweizer Zeitungen erschienen ist. Der Titel stimmt. Doch das Problem geht noch viel weiter. Die Ausländerkriminalität ist zu einem grossen Teil ein Balkanproblem. Das beweist eine Statistik der Kantonspolizei Aargau. 2005 wurden im Aargau 8220 Straftäter ermittelt. Davon waren 42 Prozent Ausländer. Von den 3452 ausländischen Tätern kamen sage und schreibe 37 Prozent aus dem Balkan. Nicht berücksichtigt wurden die erst kürzlich Eingebürgerten, denn diese gelten statistisch als «Schweizer Straftäter».

Obwohl sich viele Kantone in der Schweiz aus politischen Gründen schwer tun, die ermittelten Straftäter nach Nationalitäten zu erfassen und diese Statistik auch zu publizieren, kann man davon ausgehen, dass sich die Zahlen aus dem Aargau mehr oder weniger auf jeden Kanton umlegen lassen. Einige Kantone versuchen sich mit dem Argument von einer solchen Statistik zu distanzieren, wonach es nicht ersichtlich sei, wozu eine Statistik der Nationalitätendelinquenz gut sein soll. Wenn man aber ein Problem lösen will, muss man die Ursachen und seine Herkunft kennen. Die Zahlen nicht zu erheben, aus Angst, sie publizieren zu müssen, ist verantwortungslos. Der Kanton Aargau hingegen ist hier vorbildlich.

Schlimmste Befürchtungen bestätigt

Wenn wir die Herkunft der Täter bei den Mehrfachvergewaltigungen von

Steffisburg und Seebach anschauen, dann bestätigen sich die schlimmsten Befürchtungen der SVP. Darunter ist nach heutigen Erkenntnissen kein einziger gebürtiger Schweizer zu finden. Es wird nun offensichtlich, dass es sich bei der Jugendkriminalität weitgehend um Ausländerkriminalität handelt. Klar gibt es kriminelle Schweizer. Klar gibt es auch junge kriminelle Schweizer. Doch die Ausländer sind, im Vergleich zum gesamten Ausländeranteil in der Bevölkerung, unter den Kriminellen massiv übervertreten. Das leckt keine Geiss weg. Wer das verschweigt oder die Zahlen schön, macht sich faktisch zum Komplizen der Ausländergewalt.

Spitzenreiter Serbien und Montenegro

24,6 Prozent der ermittelten ausländischen Straftäter kommen aus Serbien und Montenegro (inkl. Kosovo). 4,2 Prozent aus Bosnien-Herzegowina, 4,2 Prozent aus Mazedonien



Roman S. Jäggi ist Pressesprecher der SVP Schweiz und Kantonsrat im Kanton Solothurn

und 3,7 Prozent aus Kroatien. Zählt man das zusammen, kommt man auf einen Anteil von beinahe 37 Prozent der ausländischen Kriminellen, die alleine aus dem Balkan stammen. Das gibt zu denken.

Wegen Einbürgerungen «sinkt» die Ausländerkriminalität

Die Mitte-Links-Parteien versuchen, so viele Ausländer wie möglich einzubürgern, um den Ausländeranteil in der Schweiz zu senken. Das schlägt sich jetzt auf die Statistiken der Ausländerkriminalität nieder. Wenn die Ausländerkriminalität in den nächsten Jahren abnehmen sollte, ist das die direkte Folge der Masseneinbürgerungen. Die Polizei bestätigt, dass sich unter den ermittelten Straftätern immer mehr Eingebürgerte befinden.

Die SVP macht Druck

Die SVP machte schon jahrelang mit unzähligen Vorstössen im Bundesparlament und in den Kantonsparlamenten auf diese Missstände aufmerksam. Seit zwei Jahren wird die SVP-Ausländerpolitik von einer Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer mitgetragen. Im September 2004 gewann die SVP, gegen alle anderen Parteien, die Abstimmungen über die erleichterten Einbürgerungen. Beide Vorlagen wurden damals abgelehnt. Und im September 2006 gewann die SVP die Abstimmungen über das Asyl- und Ausländergesetz. Fortsetzung folgt. Die Vergewaltigungsfälle von Steffisburg und Seebach zeigen, dass wir noch lange nicht am Ziel sind. Denn jetzt kommt eine neue Generation von in der Schweiz aufge-

SVP-Stimmen zur Jugendgewalt



Patrick Freudiger (22), Stadtrat, Langenthal

Die Vergewaltigungen in Zürich-Seebach, Rhäzüns oder Steffisburg zeigen, dass unsere Integrationspolitik systematische Defizite aufweist. Zu lange hat man – «politisch korrekt» – Ausländerkriminalität, Missbräuche, mangelnde Integrationsbereitschaft etc. ignoriert und auf Integrationsverweigerung nur mit Kuschelpädagogik und naivem Gutmenschentum geantwortet. Die Schweiz muss heute von den Ausländern hier (über 20% der ständigen Wohnbevölkerung!) wieder mehr Leistung und Integration verlangen und darf das Bürgerrecht nicht wie eine Hundemarke verteilen. Die Zeiten des multikulturellen Durcheinanders sind vorbei.

© Tammy Hardwick – FOTOLIA



Die Forderungen der SVP:

1. **Bürgerrecht auf Probe.** Das Schweizer Bürgerrecht wie auch das Kantons- und Gemeindebürgerrecht müssen von Gesetzes wegen automatisch entzogen werden, falls der Eingebürgerte innerhalb von fünf Jahren nach der Einbürgerung eine mit einer Freiheitsstrafe sanktionierte Straftat begeht und nach Entzug des Bürgerrechts nicht staatenlos wird.
2. **Widerruf von Aufenthaltsbewilligungen** für Ausländer, wenn deren minderjährige Kinder straffällig werden.
3. **15 Jahre Landesverweis** für Ausländer, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden.
4. Die Leistungen von Sozialversicherungen sowie sonstige Sozialleistungen an Ausländer, welche straffällig werden, sind auf das Niveau der **Nothilfe** zu kürzen.
5. **Strafverschärfung** bei Art. 190 StGB (Vergewaltigung): Zuchthaus nicht unter fünf Jahren.
6. Strafverschärfung **Jugend- und Kinderstrafrecht** bei Art. 190 StGB (Vergewaltigung) sowie Art. 191 StGB (Schändung).
7. An den Schulen ist ein **Gewaltverbot durchzusetzen**, nötigenfalls durch Polizeiunterstützung.
8. Eine **Umkehr in der Familienpolitik:** Nicht staatliche Betreuungsstrukturen, sondern Familien, welche die Kinder in Eigenverantwortung familienintern betreuen, müssen im Zentrum stehen und gefördert werden.

wachsenen, schlecht integrierten, dafür oftmals eingebürgerten Straftätern auf uns zu. Diese Entwicklung müssen wir im Ansatz abstellen. Es ist Schluss mit Wischi-Waschi-Schmusepolitik, teuren Sozialarbei-

tern und Gesprächstherapien. Unsere Jugend darf nicht unter dem hohen Ausländeranteil in der Schweiz leiden. Deshalb hat die SVP mit verschiedenen Vorstössen und Forderungen reagiert.

Anzahl Delinquenten nach Nationalitäten 2005 im Kanton Aargau

Nation	Anzahl	in %
Serbien und Montenegro	849	24,6
Italien	421	12,2
Türkei	396	11,5
Deutschland	221	6,4
Bosnien-Herzegowina	146	4,2
Mazedonien	145	4,2
Kroatien	126	3,7
Portugal	95	2,8
Georgien	62	1,8
Spanien	58	1,7
Algerien	44	1,3
Rumänien	44	1,3
Irak	43	1,2
Sri Lanka	40	1,2
Russland	36	1,0
Österreich	28	0,8
Polen	28	0,8
Brasilien	27	0,8
Frankreich	27	0,8
Armenien	26	0,8
Liberia	26	0,8
Somalia	26	0,8
Belarus	20	0,6

SVP-Stimmen zur Jugendgewalt



**Natalie Rickli (30),
Gemeinderätin,
Winterthur**

Wenn ich daran denke, dass meine kleine Schwester gleich alt ist wie die vergewaltigte Michelle, wird mir schlecht. Egal ob dieses Verbrechen von Schweizern oder Ausländern begangen wird, es ist eine Tragödie. Nun müssen wir nach Lösungen suchen. Generell gilt es, die Bestrafungen für Vergewaltigungen und Gewaltdelikte massiv zu verschärfen. Dass es im Fall Seebach selber Jugendliche sind, erschwert dies natürlich, denn diese kommen entweder ohne Strafe oder mit einer Strafe, die nicht als solche bezeichnet werden kann, davon. Deshalb muss das Strafgesetz auch für Jugendliche verschärft werden.

Die Tatsache, dass die Massenvergewaltigung von sieben Ausländern und sechs seit kurzem Eingebürgerten begangen wurde, widerspiegelt die traurige Tatsache, dass gemäss neuester Kriminalstatistik im Kanton Zürich über 71% der Vergewaltigungen von Ausländern begangen wurden. Und das bei einem Ausländeranteil um die 20%! Offenbar haben ausländische Männer eine ganz andere Vorstellung, wie sie mit Frauen umgehen können. Dies dürfen wir nicht dulden. Wir müssen die Einbürgerungsverfahren dahingehend abändern, dass die Ausländer eben nicht nur auf dem Papier Schweizer werden, sondern auch im Herz und in der Einstellung. Erst wenn sie sich mit unserer Kultur identifizieren können, dürfen sie den Schweizer Pass erhalten. Weiter muss Ausländern, die erst seit kurzem eingebürgert sind und straffällig werden, das Schweizer Bürgerrecht wieder entzogen werden können. Dass kriminelle Ausländer hier überhaupt geduldet werden, verstehe ich nicht. Für diese ist kein Platz in der Schweiz, sie müssen unser Land verlassen.



**Melanie Egger (26),
Vorstandsmitglied SVP
Fuluibach SO**

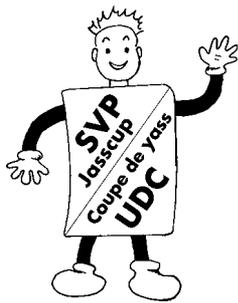
Die Vergewaltigungen in Seebach, Rhäzüns und Steffisburg haben auch gezeigt, dass heute Kapitalfehler bei Einbürgerungen gemacht werden. Denn in allen Fällen waren nicht wenige Eingebürgerte am Werk.

Heute geht es offenbar darum, möglichst viele einzubürgern, anstatt die richtigen. Es ist den Einbürgerungsbehörden egal, ob Kenntnisse einer Landessprache vorhanden sind. Es ist ihnen auch egal, ob ein Einbürgerungswilliger Sozialhilfe-, IV- oder Arbeitslosengeld bezieht. Das Dummste, was ich je gehört habe, ist, dass ein ausländischer Sozialhilfeempfänger eingebürgert werden darf, eben weil er Sozialhilfe bezieht. Er sei so in der Lage, seinen Lebensunterhalt selber zu bestreiten.

Ganze Familien werden, nach Überprüfung des Vaters, unbesehen eingebürgert. Und die jungen gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer kassieren in den Schulen die Folgen davon: Drohungen, Schlägereien, Erpressungen, Vergewaltigungen. Die Täter sind immer häufiger Eingebürgerte. Das ist ein Faktum. Während kriminelle Ausländer ausgewiesen werden können, ist das mit Eingebürgerten nicht mehr möglich. Da braucht es dringend Korrekturen.

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



7. Nationaler SVP Jasscup mit der SVP-Fraktion sowie den Jassexperten Albert und Helen Hagenbucher, Humlikon



7. Nationaler SVP Jasscup
Samstag, 24. Februar 2007 in der Mehrzweckhalle Widi, Frutigen (BE)

Samstag, 24. Februar 2007 in der

Beginn 10.30 Uhr / Dauer bis ca. 16.00 Uhr
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

Mehrzweckhalle Widi, Frutigen (BE)

Die Mehrzweckhalle befindet sich direkt
beim Bahnhof und bietet genügend Parkplätze

Organisation

SVP-Amtsverband Frutigen unter der Leitung von
Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Frutigen (BE)

Modus

Schieber mit zugelostem Partner
(vier Passen à 12 Spiele, eine Streichpasse,
gewertet 36 Spiele)

Kartenart

Französische und deutschschweizer Karten

Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie
eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen
Mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen
Fr. 28.- Verpflegung (fakultativ):
Hauptgang, 1 Getränk, Dessert und Kaffee

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker,
SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle
Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“
sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie,
sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 7. Nationalen Jasscup an:

deutschschweizer Karten französische Karten egal

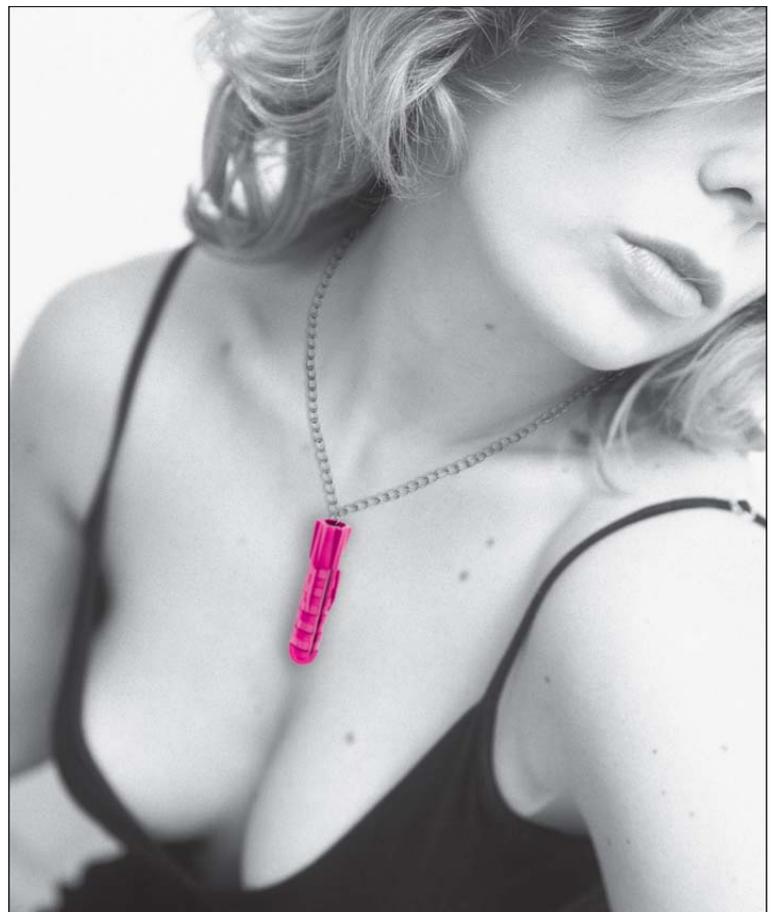
Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: E-Mail oder Fax:

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 19, Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail kuerschner@svp.ch



airproduct®

Lufttechnische Bauteile | Befestigungstechnik | Elektrowerkzeuge

Telefon 056 633 9 633

www.airproduct.ch

Kampf gegen Gesetzesflut:

IG Freiheit gegründet

Die Paragraphenflut scheint unaufhaltsam: Parlament und Verwaltung erlassen jedes Jahr mehr Gesetze, Verordnungen und Reglemente. Die Bürokratie nimmt zu. Dies schadet der Wirtschaft und dem Gewerbe, schränkt aber auch die persönliche Freiheit immer mehr ein. Um diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten, wurde die IG Freiheit gegründet – eine überparteiliche Vereinigung, welche die Reglementierungswut der Politiker eindämmen will.

Die IG Freiheit wurde im Rahmen der Herbstsession im September 2006 in Flims gegründet. Präsident der überparteilichen Vereinigung ist der Thurgauer Unternehmer und SVP-

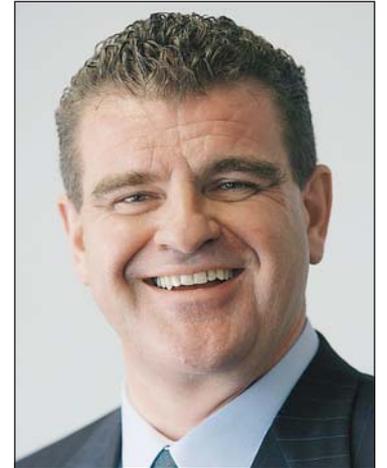
Nationalrat Peter Spuhler. Als Vizepräsidenten stehen ihm Ständerat Carlo Schmid (CVP AI) und Nationalrat Otto Ineichen (FDP LU) zur Seite. Als weitere Vorstandsmitglieder en-

gagieren sich die Nationalräte Toni Brunner (SVP SG), Walter Müller (FDP SG), Gerhard Pfister (CVP ZG) sowie Martin Baltisser (SVP BE), der Zürcher Wirtschaftsanwalt Christian Steinmann (FDP) und SVP-Generalsekretär Gregor A. Rutz. Mit diesen Vorstandsmitgliedern sowie zahlreichen Gönnern und Sympathisanten ist die Vereinigung breit und überparteilich abgestützt.

Das Hauptziel der IG Freiheit ist der Schutz der Privatsphäre und des Privateigentums sowie die Bekämpfung der Paragraphenflut und der zunehmenden Bürokratie. Die Vereinigung bekämpft den Erlass unnötiger Gesetze, Verbote und Vorschriften – auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene.

Die IG Freiheit setzt sich mittels parlamentarischer Vorstösse, mit der gezielten Bekämpfung unnötiger Gesetzesvorlagen im Parlament und vor Abstimmungen sowie weiteren Aktionen für mehr Freiheit und weniger staatliche Interventionen ein.

Mit der Verleihung des «rostigen Paragraphen» zeichnet die IG Freiheit jedes Jahr das dümmste Gesetz des Jahres aus. So soll der Öffentlichkeit vor Augen geführt werden, welche unsinnigen Regelungen von Parlamenten beschlossen werden bzw.



Nationalrat Peter Spuhler

mit was für absurden Vorstössen sich Politiker oder Verwaltungsbeamte profilieren wollen. Die erste Verleihung des «rostigen Paragraphen» wird am 7. März 2007 stattfinden. «SVP-Klartext» wird darüber berichten.



Der Vizepräsident der SVP, Nationalrat Toni Brunner (32, Ebnet-Kappel), ist Mitglied im Vorstand der IG Freiheit. Die Redaktion von «SVP-Klartext» hat den jungen Nationalrat zu seiner Motivation für dieses Engagement befragt.

Toni Brunner, warum sind Sie Vorstandsmitglied der IG Freiheit? Gibt es wirklich zu viele Gesetze in der Schweiz?

Ja – und es werden jährlich mehr. Es ist eine Unsitte, dass man heute alles, was man selber nicht mag, gerade generell verbieten will. Ich denke hier etwa an die Rauchverbote, welche in verschiedensten Kantonen wie Pilze aus dem Boden schießen. Ich bin selber Nichtraucher – aber ich bin überzeugt, dass wir mit Selbstverantwortung und Toleranz weiter kommen als mit unzähligen Verboten und immer mehr Reglementierung.

Welche besonders unnötigen oder absurden Regelungen kommen Ihnen weiter in den Sinn?

Da gäbe es noch viele... Wir haben zum Beispiel seit diesem Jahr eine gesetzliche Regelung betreffend Piercings und Tätowierungen – das ist doch absurd. Jetzt will das Bundesamt für Gesundheit offenbar sogar noch Inspektoren einsetzen, welche die Umsetzung dieser gesetzlichen Auflagen überprüfen. Das kostet die Steuerzahler wieder viel Geld. Ich frage mich: Wie weit wollen wir eigentlich noch gehen? Wollen wir wirklich, dass unser ganzes Leben gesetzlich geregelt und vom Staat kontrolliert wird?

Was wollen Sie mit der IG Freiheit erreichen?

Als junger Schweizer liegt es mir am Herzen, dass wir das liberale Staatssystem, welches uns Wohlstand, Stabilität und hohe Zufriedenheit gebracht hat, auch in Zukunft fortführen können. Die Schweiz soll ein attraktiver Wohnort, aber auch ein konkurrenzfähiger Finanz- und Wirtschaftsplatz bleiben. Und um dies zu erreichen, steht der Schutz der Freiheit, des Privateigentums und der Privatsphäre im Vordergrund. Aus diesen Gründen bin ich froh, dass es die IG Freiheit gibt, und engagiere mich aus Überzeugung im Vorstand dieser Vereinigung.

Alle, die sich mit den Ideen der IG Freiheit identifizieren, können der Vereinigung für einen jährlichen Beitrag von mindestens 20 Franken als Sympathisanten beitreten. Die IG Freiheit ist wie folgt erreichbar:

Geschäftsstelle IG Freiheit
Postfach 618
8024 Zürich
Tel. 044 266 67 45
Fax 044 266 67 00
info@freiheit-liberte.ch
www.freiheit-liberte.ch



Familien Stoll & Fluri
4717 Mümliswil

Tel. 062 391 25 79
www.chees-shop.ch

Unsere selbstgemachten Produkte:

- ❖ Greyerzer
- ❖ Passwang-Mutschli
- ❖ Unihockey-Mutschli
- ❖ Reckenkiener-Bergkäse
- ❖ Männer-Käse
- ❖ Rahm
- ❖ Joghurt 180g / 500g
- ❖ hausgemachtes Fertigfondue

Käserei Reckenkien

Auflösung Wettbewerb zur Namensfindung

Zottel bleibt Zottel: Aus Otelfingen wird (Z)otelfingen

Er ist schon Kult, der sechsjährige Geissbock «Zottel» aus dem zürcherischen Otelfingen. Die SVP wollte eigentlich einen Künstlernamen für ihren Glücksbringer. Einen Namen, der auch im französischen und italienischen Sprachraum aussagekräftig ist. Ein Wettbewerb wurde lanciert.

Dann kam alles anders: Über 500 Namensvorschläge gingen bei der SVP ein. Von den wenig kreativen Vorschlägen wie etwa «Ueli, Toni oder Christoph» reichte die Palette über Tell-Abwandlungen, wie etwa «Tello, Wilhelm, Guillaume, Walterli, Free Willy», bis hin zu kreativen Vor-

schlägen wie «Henriette, Micheline, Hanibal oder Horny». Doch das Resultat des Wettbewerbs war eindeutig. Eine grosse Gruppe der Stimmentenden wollte beim Namen «Zottel» bleiben.

Die Wettbewerbsteilnehmer dachten nicht daran, den schönen Namen des Geissbocks überhaupt zu ändern. Der Grund dafür ist einfach: Geissbock «Zottel» ist weltbekannt aus dem Kinderbuch «**Zottel, Zick und Zwerg**» von Alois Garigiet. Selbst Romands und Tessiner bezogen sich auf den Zusammenhang mit diesem Kinderbuch. Dass der Name «Zottel» derart stark mit diesem Kinderbuch verbunden wird,

damit hat bei der SVP niemand gerechnet. Dem Wunsch vieler Wettbewerbsteilnehmer werden wir natürlich gerne gerecht.

«Zottel» bleibt also «Zottel». Damit wird aus seinem Wohnort Otelfingen wohl bald (Z)otelfingen. Denn die Menschen haben den neugierigen und kräftigen SVP-Geissbock schon ganz in ihr Herz geschlossen.

Den Namenswettbewerb gewonnen hat Alois Kuoni aus Oberhof AG. Er wurde mit seiner Frau Berta und seinem Grosskind Laura zur Taufe von «Zottel», anlässlich des Weihnachtssessens der SVP-Bundeshausfraktion, ins Hotel Bellevue-Palace nach Bern eingeladen.



www.rutschmann.ch

büro rafz
scheidwäg 22
8197 rafz
tel. 043 433 44 33
fax 043 433 44 34

büro bülach
schaffhauserstr. 37
8180 bülach
tel. 044 863 70 00
fax 044 863 70 01

 r u t s c h m a n n

Die Liebe zum Detail ...

... ist unsere Triebfeder zum Erfolg. Egal wie gross oder wie klein Ihr Projekt ist – unsere Liebe zum Detail kennt keine Grenzen!

hans rutschmann architekten ag

Geissbock «Zottel» jetzt mit Webcam im Stall

Der Glücksbringer der SVP für das Wahljahr 2007, der sechsjährige Geissbock «Zottel», wird zum Star: Tausende Kinder, Familien sowie «Zottel-Fans» aus der ganzen Schweiz haben den neugierigen Geissbock lieb gewonnen und warten gespannt auf die angekündigte Webcam. Jetzt ist sie online. Seit Ende November kann man über Internet einen Blick in den Stall von «Zottel» werfen. Die Adresse: www.svp-zottel.ch.

«Zottel» lebt mit dem 28 Jahre alten Hannoveranerhengst «Wauti» zusammen. Wenn «Zottel» gerade nicht im Stall ist, so befindet er sich entweder auf der Weide oder ist mit «Wauti» auf einem Ausritt. Nachts ist über die Webcam nichts zu sehen, denn die SVP verzichtet im Interesse der Tiere auf künstliches Licht.



Gut gerüstet zum Kampf gegen Rot/Grün

Die rot-grünen Parteien wollen die Politik der SVP mit allen Mitteln aus dem Bundesrat entfernen. Als Zeichen dafür soll die Wiederwahl von Christoph Blocher in den Bundesrat verhindert werden. Dies lässt sich die SVP nicht gefallen: An ihrer Sitzung vom 12. Dezember hat die SVP-Bundeshausfraktion die Strategie für die Bundesratswahlen 2007 festgelegt. Die SVP strebt eine Verteilung der Bundesratssitze gemäss den Regeln der Konkordanz an. Die Fraktion bekräftigt ihren Willen, wiederum mit den Bundesräten Samuel Schmid und Christoph Blocher in der Landesregierung vertreten zu sein.

Die Schweizerische Volkspartei will bei den Wahlen 2007 noch einmal stärker werden und 100 000 neue Wähler gewinnen. Die Partei will auch in der nächsten Legislatur ihre Politik für eine sichere, unabhängige Schweiz und eine florierende Wirtschaft fortführen – mit einer gestärkten Fraktion und ihren beiden Bundesräten Samuel Schmid und Christoph Blocher.

Seit Monaten schiesst sich die Linke gegen die SVP ein: Rot/Grün will die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat knacken. Vor allem aber soll mit allen Mitteln die Politik der SVP aus dem Bundesrat entfernt werden. Zeichen dafür ist die Nichtwiederwahl von Christoph Blocher, welche die links-grünen Parteien anstreben.

Die SVP-Bundeshausfraktion hat folgende Strategie für die Bundesratswahlen beschlossen:

1. Die SVP steht zur Konkordanz und tritt im Dezember 2007 mit ihren zwei Bundesräten Samuel Schmid und Christoph Blocher zur Wiederwahl an.
2. Für den Fall, dass die Bundesversammlung diese beiden Kandidaten nicht wiederwählen würde, geht die SVP in die Opposition und tritt aus dem Bundesrat aus.
3. Wer anstelle der beiden offiziellen Kandidaten eine Wahl annimmt, ist nicht Mitglied der SVP-Fraktion.

Für den Wahlkampf verstärkt sich die SVP personell und setzt ihre Vizepräsidenten sowie den Tessiner Parteisekretär als Wahlkampfleiter ein. Sie werden dafür von der Partei im Mandatsverhältnis angestellt. Wahlkampfleiter für die deutsche

Schweiz ist **Nationalrat Toni Brunner**, die Wahlkampfleitung in der Westschweiz übernimmt **Nationalrat Yvan Perrin**. Wahlkampfleiter für den Kanton Tessin ist **Grossrat Eros N. Mellini**. Damit ist die SVP gut gerüstet für das Wahljahr 2007.



Parteipräsident Ueli Maurer, Fraktionspräsident Caspar Baader und Generalsekretär Gregor A. Rutz sind zuversichtlich.

Klartext statt Redeverbote

In wenigen Tagen spricht Bundesrat Christoph Blocher wieder zu den Menschen im Zürcher Albisgüetli. Doch bestimmte rückständige Mitglieder der eidgenössischen Räte beschäftigen sich noch immer mit der letzten Albisgüetli-Rede. Damals wich Bundesrat Blocher kurz von seinem schriftlichen Manuskript ab und machte eine unpräzise Formulierung, für die er nachträglich sein Bedauern ausdrückte. Was die Menschen aber wirklich interessiert, sind die von Bundesrat Blocher angesprochenen Probleme mit der Ausländerkriminalität und den wachsenden kulturellen Auseinandersetzungen in unserem Land. Doch da glänzen dieselben Politstrategen dann durch eine unerträgliche Passivität und Ideenlosigkeit. Offenbar ist die Abwahl Bundesrat Blochers ihr einziges politisches Thema. Bundesrat Blocher soll auch weiterhin Klartext reden. Die Meinungsäusserungsfreiheit soll für Bundesräte genauso gelten wie für die einfachen Bürger. Es geht nicht an, dass sich eine mit Steuergeldern finanzierte Kommission fast ein Jahr lang mit einer Rede eines Bundesrats befasst und dabei das von ihm angesprochene grosse Problem der Ausländerkriminalität völlig ausblendet. Den schriftlichen Redetext von Bundesrat Blochers Albisgüetli-Rede 2006 sowie Links zur Videoaufzeichnung der Rede finden Sie über folgenden Link im Internet http://www.svp.ch/index.html?page_id=2719&l=2.

Freiwilliger Abonnementsbeitrag

Eine informative, aktuelle und lebendige Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP auf dem Laufenden zu halten. Die SVP redet Klartext. Die **Parteizeitung «SVP-Klartext»** macht das auch.

Die Produktion und der Vertrieb von «SVP-Klartext» sind mit Kosten verbunden, welche gedeckt werden müssen. Aus diesem Grund erlauben wir uns, Ihnen mit dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein zu überreichen. Sie haben so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der Parteizeitung «SVP-Klartext».

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Sollte der Einzahlungsschein in dieser Zeitung fehlen, verwenden Sie bitte folgende Bankverbindung:

Bank: UBS AG, 8098 Zürich
Postkonto: 80-2-2
Zu Gunsten Konto: CH67 0023 5235 8557 0004 M
Begünstigter: Schweiz. Volkspartei, 3001 Bern

(Zahlungszweck: Parteizeitung SVP-Klartext)

Von Gabriel Lüchinger, Wissenschaftlicher Mitarbeiter SVP Schweiz

Wohin steuert die Schweizer Armee?

Noch hat die Armee kaum alle mit der Reform «Armee XXI» zusammenhängenden Probleme gelöst, da kommt der Bundesrat bereits mit dem nächsten Umbau, dem Entwicklungsschritt 08/11. Während man damit einerseits ohne seriöse sicherheitspolitische Strategie die mechanisierten Verbände massiv reduzieren wollte, hätte dieser weitere Reformschritt unsere Milizarmee andererseits wohl in noch grössere Verwirrung gestürzt. Folgerichtig hat die SVP diesen Schritt an der Session in Flims denn auch bekämpft, mit dem Ergebnis, dass der Ständerat nun Gelegenheit hat, im kommenden Frühling vertieft auf die zahlreichen offenen Fragen einzugehen.

Daneben hat das VBS auch eine weitere Revision des Militärgesetzes in die Vernehmlassung geschickt. Unter anderem will man obligatorische sechswöchige Wiederholungskurse im Ausland einführen. Und das VBS will für Berufsoffiziere und -unteroffiziere eine gesetzliche Pflicht für die Teilnahme an Auslandseinsätzen begründen und diese neu auch ohne UNO- oder OSZE-Mandat nur aufgrund der «Zustimmung des Einsatzstaates» durchführen.

Die SVP hat diese Änderungen zurückgewiesen. Insbesondere erachtet die SVP Ausland-WKs, die so lange dauern, als miliz- und wirtschaftsfeindlich. Zudem bricht der Bundesrat mit der Ausweitung der Auslandseinsätze seine Versprechungen, die er anlässlich der Abstimmung zur Bewaffnung unserer Soldaten im Ausland gemacht hatte. So hat er damals noch im Abstimmungsbüchlein geschrieben, die Anmeldung zur Teilnahme an einer solchen Operation

bleibe selbstverständlich freiwillig, und weiter auch, dass die Teilnahme an Auslandseinsätzen im Geiste der Unparteilichkeit erfolge, wenn ein UNO- oder OSZE-Mandat vorliege. Gerade das Prinzip der absoluten Freiwilligkeit von Militärdienst im Ausland ist für die SVP nicht verhandelbar, weder für Berufspersonal noch für Durchdiener oder Milizsoldaten.

Die Armee hat sich auch in Zukunft in erster Linie auf ihren Verteidigungs-

ungsauftrag zu konzentrieren. Zudem hat sie sich bereitzuhalten, die zivilen Behörden bei schwerwiegenden Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei Katastrophen zu unterstützen. In diesem Sinne unterstützt die SVP auch das Rüstungsprogramm 2006. Eine Ausweitung der Teilnahme an so genannten «Peace Support Operations (PSO)», wie zum Beispiel unter dem Kommando der NATO in Afghanistan, ist klar abzulehnen. Gerade des Beispiel Afghanistan, wo die internationale Gemeinschaft plötzlich im offenen Krieg mit einheimischen Gruppierungen steht, zeigt, was für eine Illusion es ist zu glauben, man könne fernen Ländern und Kulturen Demokratie und Menschenrechte mit der Waffe in der Hand aufzwingen. Zudem gefährden wir damit unsere Neutralität und rücken unsere Bevölkerung ins Fadenkreuz extremistischer Organisationen.

F18-Jet der Schweizer Armee

© Andreas Wechsel – FOTOLIA



Die SVP will eine starke, im Volk verwurzelte und modern ausgerüstete Milizarmee, die Auslandabenteuern aus dem Weg geht und dafür wieder seriös ihre Hauptaufträge Verteidigung und Raumsicherung im Inland übt. Am Ende hat nämlich die Gewährleistung der Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung immer an erster Stelle zu stehen. Dafür benötigen wir auch endlich wieder eine breit abgestützte sicherheitspolitische Strategie. In diesem Sinne ist das Engagement der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) sehr zu begrüßen. Was halten die Offiziere denn eigentlich von der Neuausrichtung der Armee? «SVP-Klartext» sprach mit dem Präsidenten der SOG, Oberst i Gst Michele Moor. Interview mit Michele Moor auf nächster Seite. ⇨



Michele Moor, 41, ist Oberst im Generalstab und Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG). Er ist geschäftsführender Teilhaber bei Wegelin & Co. Privatbankiers, St. Gallen und Lugano.

1. Wie verstehen Sie die Rolle der SOG, was sind ihre Hauptanliegen?

Die SOG muss stets versuchen, die Schweizer Offiziere zu vertreten – unabhängig davon, ob sie Miliz- oder Berufsoffiziere sind, und unabhängig von ihrer kulturellen, geographischen und sprachlichen Herkunft. Dabei muss sie sich v.a. auf sicherheitspolitische Themen konzentrieren und weniger auf taktische und/oder gefechtstechnische Angelegenheiten, obwohl diese auch wichtig sind. Aus diesem Grund sind ihre Gesprächspartner die Politiker auf Bundesebene.

2. Werden die Forderungen der SOG genügend berücksichtigt?

Die Hauptforderung der SOG ist die Erarbeitung einer neuen, modernen sicherheitspolitischen Strategie für die Schweiz. Sie muss das Ergebnis eines systematischen sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses sein. Seit meiner Wahl zum Präsidenten der SOG kämpfe ich dafür – bisher ohne Erfolg. Dank dem Entscheid vom Nationalrat, den Entwicklungsschritt abzuleh-

nen, besteht nun die Gelegenheit, diesen Prozess zu führen: Viele politische und militärische Entscheidungsträger haben erkannt, dass zu viele Fragen keine Antwort erhalten haben, nicht zuletzt weil eine breit abgestützte Strategie fehlt.

3. Wie beurteilen Sie die aktuelle sicherheitspolitische Situation der Schweiz?

Der Schweiz fehlt – wie bereits oben gesagt – eine breit abgestützte sicherheitspolitische Strategie. Ähnlich wie damals mit der Gesamtverteidigung soll sie eine der heutigen Bedrohung angepasste Strategie haben. Insbesondere sind die Aufträge der einzelnen sicherheitspolitischen Instrumente wieder besser zu definieren – auch wenn z.B. eine klare Trennung zwischen innerer und äusserer Sicherheit nicht mehr möglich ist.

4. Was ist aus Ihrer Sicht nach der Ablehnung des Entwicklungsschrittes 08/11 durch den Nationalrat zu tun, wo sind Prioritäten zu setzen?

Es ist anzunehmen, dass die SP ihren eigenen Weg – übrigens kompetent und konsequent – gehen wird: Um eine gefestigte Mehrheit für eine tragfähige Sicherheitspolitik im Parlament zu erreichen, auf deren Grundlagen eine für die Armee überzeugende Marschrichtung eingeschlagen werden kann, müssen deshalb CVP, FDP und SVP zusammenarbeiten. Es braucht aber Kompromisse von allen Seiten. CVP und FDP müssen anerkennen, dass die SVP-Parlamentarier von einem grossen Teil des Schweizer Volkes gewählt wurden und diesen auch vertreten. Die SVP muss bereit sein, die Armee XXI, die sie gemeinsam mit CVP und FDP mitgetragen hat, weiterzuentwickeln.

5. Was sind Ihre Erwartungen an die Politik, an den Bundesrat und das Parlament?

Obwohl es allen klar ist, dass die Armee weiterentwickelt werden muss, müssen jetzt die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Das heisst, dass zuerst die grössten Probleme der Armee XXI gelöst werden müssen. Bevor zu grosse Änderungen eingeführt werden, muss diese relativ neue, gute Armee konsolidiert werden. Ich erwarte, dass sie alle endlich verstehen, dass die Miliz nicht ständig mit neuen Entwicklungsschritten konfrontiert werden kann! Sonst geht die Verankerung der Armee in der Bevölkerung endgültig verloren und mit ihr ein guter Teil des schweizerischen Wehrwillens.

6. Was ist die Haltung der SOG zur aktuellen Revision der Militärgesetzgebung und insbesondere zu Wiederholungskursen im Ausland?

Mit einer Änderung des Militärgesetzes will der Bundesrat unter anderem Ausbildungsdienste der Armee ganz oder teilweise im Ausland durchführen. Die SOG anerkennt, dass inländische Einschränkungen es der Armee zunehmend verunmöglichen, die Ausbildungsziele zu erreichen. Deshalb befürwortet die SOG für Angehörige ausgewählter Truppen ein Ausbildungsobligatorium im Ausland. Hingegen lehnt die SOG eine allfällige Verlängerung eines Wiederholungskurses auf sechs Wochen entschieden ab. Dieser Vorschlag ist weder miliz- noch wirtschaftstauglich und zielt völlig an der Realität vorbei. Insgesamt erachtet es die SOG als politisch fragwürdig, diese Revisionen im jetzigen Zeitpunkt überhaupt vorzulegen. Es besteht bei keinem Artikel irgendein zeitlicher Druck.

7. Wie stehen Sie zu den laufenden subsidiären Einsätzen, vor allem den Botschaftsbewachungen?

Die Armee erfüllt ihren Auftrag subsidiär (unter der Einsatzverantwortung der zivilen Behörden), wenn die zivilen Mittel ausgeschöpft sind. Dann spricht man von einer ausserordentlichen Lage. Polizistenmangel ist aber keine ausserordentliche Sicherheitslage im Sinne der Verfassung, sondern politisches Versagen der Kantone und des Bundes: Dem Bund fehlen 600 Polizisten, den Kantonen 1000. Auch diese Zustände verbergen sich hinter der Kernbotschaft, die Kapazitäten für Sicherungseinsätze zu verstärken. Es ist ein Konzept mit einer Strategie zur inneren Sicherheit zu erarbeiten, das die Kompetenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen eindeutig regelt und die Milizarmee von Polizeiaufgaben entlastet.

8. Wie sehen Sie die Rolle der Schweizer Armee im Bereich Friedensförderung im Ausland? Gäbe es Alternativen zur Beteiligung an internationalen Missionen, die besser zur humanitären Tradition der Schweiz passen würden?

VBS und Armeeführung betonen immer wieder, dass die internationale Gemeinschaft von der Schweiz gewisse Auslandseinsätze verlangt – wie zurzeit in Kosovo. Bestimmt kann und muss die Schweiz einen Beitrag zur Friedensförderung leisten. Dieser müsste aber echt und einzigartig sein und der Schweizer Tradition entsprechen! Mit einem Ad-hoc-Bataillon könnte man zum Beispiel die Einsätze des Roten Kreuzes schützen. Ein Projekt dazu existiert bereits.

Hier könnte Ihr farbiges Inserat stehen!

Viel Wirkung für nur Fr. 592.80.

Inserate im «SVP-Klartext» schalten über Telefon 031 300 58 58 oder Mail klartext@svp.ch.



- Expl. Rucksack Fr. 25.–
robust und praktisch, für Sie und Ihn!
- Expl. Seidenfoulard Fr. 79.–
Stilvoll und diskret für die Partei werben!
- Expl. Sitzungsmappe Fr. 49.–
schwarzes Kunstleder, A4,
diskrete Logo-Prägung
- Expl. Pin Fr. 7.–
ab 10 Stück Fr. 6.–/Stück
- Expl. Poloshirt Fr. 40.–
 dunkelblau weiss / Grösse (S, M, L)
- Expl. Post-it Fr. 2.–
Block à 50 Blatt
- Expl. Offiziersmesser Fr. 20.–
Original-Victorinox
- Expl. Kleber Fr. 6.–
Bogen à 35 Kleber
- Expl. Jass Fr. 3.–
 französisch Deutschschweizer
- Expl. Ballone Fr. 40.–
Sack à 50 Stück
- Expl. Kugelschreiber Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Skandalöser Entscheid der Asylrekurskommission

Laut Artikel 32 des Asylgesetzes ist auf Asylgesuche von Personen grundsätzlich nicht einzutreten, wenn sie in einem Staat der EU oder des EWR bereits einen ablehnenden Asylentscheid erhalten haben. Zu diesem Gesetz hat das Volk im September wuchtig Ja gesagt. Jetzt kommt die Asylrekurskommission und fällt selbstherrlich einen anders lautenden Grundsatzentscheid, wonach «diese Bestimmung nicht so absolut gelten soll». So nicht! Schon letztes Jahr, bei der Abstimmung über das Dublin-Abkommen, versprach man dem Volk, das Asylwesen werde mit der EU koordiniert, dadurch gebe es weniger Flüchtlinge, Kosteneinsparungen und alles werde effizienter. Bei der Asylgesetzabstimmung im September dieses Jahres bekräftigte das Volk die Haltung, nicht auf Asylgesuche einzutreten, wenn diese bereits in einem anderen EU- oder EWR-Land abgelehnt wurden. An diesen vom Volk beschlossenen Grundsatz hat sich die Asylrekurskommission zwingend zu halten. Sie ist nicht Gesetzgeber. Sie hat die Gesetze zu befolgen und anzuwenden. Und sie hat den Volkswillen zu respektieren. Solche eigenmächtigen Interpretationen von staatlichen Instanzen müssen unterbunden werden.

NEAT: Wo wurde gefpuscht? Was muss getan werden?

Kaum hat die SVP im Oktober über die aus dem Ruder laufenden Kosten bei der NEAT informiert, bewilligt der Bundesrat schon wieder 1,4 Milliarden Franken für die teuersten Löcher der Schweiz. Insgesamt dürften die FinöV-Projekte am Schluss das Doppelte von dem kosten, was das Volk einmal bewilligt hat. Mit wie vielen Steuerfranken müssen die Stimmbürger noch für die Führungsschwäche von Bundesrat Leuenberger aufkommen? Wie viele Nachtragskredite braucht es noch? Die SVP fordert: Die Zahlen müssen auf den Tisch. Das Bundesamt für Verkehr muss endlich mit offenen Karten spielen. Schluss mit verklausulierten Verlautbarungen wie «mutmassliche Endkosten», «Preisstand 1995» oder «geologische Unwägbarkeiten». Die Wahrheit ist: Niemand hat die NEAT-Kosten mehr im Griff. Die SVP verlangt des-

halb, dass der Bundesrat die versprochene Gesamtschau über die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs noch im ersten Quartal des Wahljahres 2007 vorlegt. Es ist wichtig, dass die Wählerinnen und Wähler die politischen Verantwortlichkeiten bei der Fehlentwicklung der NEAT im kommenden Jahr in ihre Wahlentscheidung mit einbeziehen können.

In ihrem Positionspapier zum «ÖV-Gewurstel» zeigt die SVP auf, wo bei der NEAT gefpuscht wurde und welche Massnahmen sofort getroffen werden müssen. Sie finden das Positionspapier im Internet unter www.svp.ch/file/061017-finoev-papier-d.pdf.

Feinstaub-Hysterie

Von jeher steigt bei uns im Winter die Feinstaubkonzentration, weil das Wetter oft über Wochen stabil und undurchlüftet bleibt. Obwohl die Feinstaubkonzentration in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts noch fast doppelt so hoch war wie heute, haben die Grünen das Thema erst jetzt neu entdeckt. Ob Waldsterben, Ozon-Alarm, Invasion der Borkenkäfer oder Feinstaub: Die von Rot-Grün geschürten Hysterien finden bei den Medien jeweils über eine bestimmte Zeit Anklang.

Die SVP macht bei dieser Hysterie nicht mit und stützt sich auf Fakten. Mit einem Vorstoss will die SVP vom Bundesrat Antworten. Sie will wissen, auf welche gesetzlichen Grundlagen sich die Kantone bei der Umsetzung ihrer «dreistufigen Massnahmenpläne» abstützen. Ebenfalls will die SVP Auskünfte darüber, ob die vorzeitige Einführung der Partikelfilterpflicht für Dieselfahrzeuge überhaupt mit den Bilateralen Verträgen I (technische Handelshemmnisse) sowie dem Transitabkommen (Diskriminierung von inländischen Dieselfahrzeugen) vereinbar ist. Nicht zuletzt will die SVP wissen, ob sich das Bundesamt für Umwelt und der Bundesrat immer noch lediglich auf die Meinung des Beraters Andreas Mayer abstützen, der gleichzeitig Mitglied der internationalen Partikelfilterindustrie ist. Es geht nicht an, dass die Landesregierung Entscheidungen fällt oder fördert, die auf blossen Hysterien basieren, allenfalls internationale Abkommen verletzen oder die rot-grüne Umweltindustrie begünstigen.

www.mingerruedi.ch

Auf den Tag genau zum 125. Geburtstag von Bundesrat und BGB-Gründer Rudolf Minger aus Schüpfen, am 13. November 2006, wurde ihm zu Ehren eine Homepage aufgeschaltet.

Rudolf Minger (Bundesrat 1929–1940) Im Internet wird dem ersten SVP-Bundesrat ein Denkmal gesetzt

Würde er heute politisieren, so hätte er eine Homepage. Anlässlich seines 125. Geburtstages wurde ihm mit der Aufschaltung der Internetseite www.mingerruedi.ch gedacht. Der

Inhalt dieses Internetauftritts ist ein einzigartiges Zeitdokument. Alt-Bundesrat Mingers legendäre Bierhübelrede von 1917, die den Anstoss zur Parteigründung gab, ist jetzt erstmals digitalisiert verfügbar. Verschiedene Fotos, Hintergrundinformationen über das Leben und die

Aktivitäten von Rudolf Minger sowie rund 80 Anekdoten und Witze komplettieren die elektronische Hommage an Minger. Der Internetauftritt zeigt aber auch, aus welcher Stimmung heraus damals die Vorläuferpartei der heutigen SVP gegründet wurde. Ein Besuch lohnt sich.



Initiantin des Internetauftritts ist Petra Kunz. Sie ist Präsidentin der SVP Schüpfen.



www.mingerruedi.ch – der neue Internetauftritt über das Leben der SVP-Legende

SVP Frauen sagen Nein zur linken Politik der Kirchen

Ob verlängerte Ladenöffnungszeiten, revidiertes Asylgesetz, Ausländergesetz, Kohäsionsmilliarde oder Kinderzulagen, die Landeskirchen mischen sich immer mehr in die Politik ein. Leider machen sie nur noch linke Politik. Vor der Novemberabstimmung verbreiteten die reformierten Kirchen der Kantone Zürich und Bern beispielsweise linke Abstimmungsparolen zu den Ostmilliarden und zum Zulagengesetz in ihrem Publikationsorgan. Und die katholische Kirche spricht sich sogar für den Bau von Moscheen und Minaretten in unseren Gemeinden aus. Das machen sie selbstverständlich, ohne ihre Basis je befragt zu haben. Von der grossen Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer wird das nicht mehr verstanden. Es erstaunt deshalb nicht, dass viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger anfangen, Fragezeichen hinter die Institution der Kirche zu setzen, oder gar aus politischen Gründen austreten. Doch das scheint die Kirchenfürsten kaum zu kümmern, sind sie doch bereits so weit von ihrem Kernauftrag entfernt, dass sie die Erlösung nicht mehr im Glauben sehen, sondern offenbar im gescheiterten Sozialismus. Die SVP Frauen Schweiz lehnen solche selbstherrlichen und demokratiefremden Methoden ab. Sie fordern, dass sich die Kirchen wieder auf ihren Kernauftrag der Verkündigung und der spirituellen Lebenshilfe besinnen und nicht mehr linke Politik betreiben.

SVP fordert Halbierung der SRG-Gebühren

Die vom Bundesrat beschlossene Erhöhung der Radio- und Fernsehgebühren ist unverständlich. Ab nächstem Jahr müssen die Schweizer 462 Franken für 25 Radio- und TV-Sender bezahlen. Das ist zu viel und hat mit Grundversorgung nichts mehr zu tun. Die SVP fordert eine Reduktion der SRG-Kanäle auf einen Radio- und einen Fernsehsender pro Sprachregion. Damit können die Radio- und TV-Gebühren bis 2009 mindestens halbiert werden.

Ein Dankeschön allen Lesern sowie Inserenten für das Vertrauen in unsere Parteizeitung.

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und ein glückliches sowie erfolgreiches Wahljahr 2007.



© Simon Ebel – FOTOLIA

Hotel Alpenblick Fieschertal

Wellness-Hallenbad-Sauna
Aromadampfbad-Whirlpool

Fam. Holzer Fabian 3984 Fieschertal
Tel. 0279701660 Fax. 0279701665
www.hotelalpenblick.ch
alpenblick@rhone.ch



Gutschein

Zeigen Sie diesen Gutschein und übernachten Sie im DZ zum SVP-Spezialpreis von:

Fr. 50.-

pro Person/Nacht

- Übernachtung mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

(Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen)

ZUPPIGER & PARTNER

Wirtschafts- und Unternehmensberatung

Schweizergasse 14, Postfach 1013, 8021 Zürich
Telefon 044 226 15 15, Fax 044 226 15 25
E-Mail: info@zuppigerpartner.ch
www.zuppigerpartner.ch

Büro Hinwil:
Bruno Zuppiger
Rebhaldenstrasse 10, 8340 Hinwil
Telefon 044 937 34 57
Fax 044 977 23 90

- Beratung für Klein- und Mittelbetriebe
- Kaderselektion und Personalvermittlung
- Treuhandwesen (Finanz- und Rechnungswesen, Buchhaltungen usw.)
- Beratung in Rechts-, Finanz- und Verwaltungsfragen
- Immobilien-Management und Immobilienverwaltung

Die Wettbewerbsgewinner aus der Ausgabe Nr. 10 / 2006

Die schicken SVP-Anstecknadeln haben gewonnen:

- Milorad Stajic, Windisch
- Rudolf Walti-Schmid, Tägerig
- Herbert Bachmann, Winikon



Herzliche Gratulation!

Gesucht wurde
Rita Gygax,
Präsidentin der SVP Frauen Schweiz

SVP-Diskussionsforum im Internet

Das Diskussionsforum der SVP wird täglich von Tausenden besucht. Diskutieren auch Sie in einem der grössten Diskussionsforen zu politischen Themen der Schweiz. Sie können unregistriert teilnehmen oder sich bei der SVP-Community registrieren. Als Mitglied der SVP-Online-Community bekommen Sie Zugriff zum SVP-Chat und können sich dort mit anderen Mitgliedern zum Chatten verabreden. Im Wahljahr organisieren wir so genannte Promi-Chats mit bekannten SVP-Politikern.

Gehen Sie also ins Diskussionsforum der SVP auf www.svp.ch und registrieren Sie sich noch heute. Es lohnt sich.



ELPEX AG
Bettlachstrasse 141 • 2540 Grenschen
Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf
Tel 034 426 26 00 • Fax 034 426 26 09
E-Mail: elpe@spectraweb.ch



Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.

- ◆ Projektierung
- ◆ Steuerungsbau
- ◆ Software
- ◆ Inbetriebnahme
- ◆ Betreuung



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-, Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.



Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch